

schichtlich basierten „Kulturraumes Ostdeutschland“ über die „Wende“ 1989/90 hinaus feststellen. Der Rezensent schließt sich dem in der grundsätzlichen Tendenz an.

Der Rezensent fragt sich aber auch, inwiefern man von weitgehend sächsischen Erfahrungen auf eine gesamtostdeutsche Erinnerungsgemeinschaft schließen kann; denn für die 1950er Jahre wird man auch stark von noch landsmannschaftlich geprägten Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern ausgehen müssen. Für ein populäres Buch akzeptabel, für ein wissenschaftliches Interesse nicht zureichend beantwortet ist die Frage, inwieweit die aufscheinende „Autonomie des Alltags“ die Funktionsweise des Regimes (im weitesten Sinn) in den 1950er Jahren mitbeeinflusst: Kann man von einer relativen Autonomie der Alltagssphäre unter (ggf. rein äußerlicher) Erbringung bestimmter politischer Zugeständnisse sprechen? Oder ist der so strukturierte Alltag eine entscheidende Funktionsbedingung für das Funktionieren des Regimes Ulbricht? Woran sich – im Sinne eines historischen Urteils – die Frage nach der Wirksamkeit von individueller Verantwortlichkeit im Alltagshandeln anschließen würde.

Leider fehlt ein Hinweis darauf, wie die Zeitzeugen ausgewählt wurden, was für Leute sich evtl. solchen Interviews verweigerten. Nicht nachvollziehbar scheint mir – auch unter Berücksichtigung des städtischen Charakters Sachsens – das weitgehende Fehlen des ländlichen Bereichs: die Rolle der Neubauern einerseits, die Veränderung von Alltag und Identität durch die Einführung der MAS und der Kollektivierung seit 1952 andererseits.

Der Band kann die üblichen Groß Erzählungen und Gesamtdarstellungen mit der alltagsgeschichtlichen Perspektive ergänzen, an bestimmten Stellen auch brechen. Daher würde es sich lohnen, ihn als Grundlage einer methodisch geprägten Übung zur Alltagsgeschichte im akademischen Lehrbetrieb einzusetzen und als Grundlage für Vorleseteile und Lehrer Erzählungen im Geschichtsunterricht in der Schulbibliothek stehen zu haben. Auch im Hinblick auf deutsch-deutschen Mentalitätsvergleich mit seinen Rückwirkungen bis heute wächst die Neugier auf einen Folgeband über die 1960er Jahre.

Friedemann Scriba

Bernd von Maydell/Shimomura, Takeshi/Tezuka, Kazuaki (Hrsg.), Entwicklung der Systeme sozialer Sicherheit in Japan und Europa, Duncker & Humblot, Berlin 2000, 587 S.

Die im Vergleich zu Europa erheblich verzögerte Entwicklung eines japanischen Wohlfahrtsstaates geht einher mit einer ebenfalls verzögerten Wahrnehmung Japans innerhalb der vergleichenden Wohlfahrtsstaaten-Forschung. Erst langsam scheint sich die europäische Wissenslücke zu fernöstlichen Wohlfahrtssystemen zu schließen. Dies gilt noch am wenigsten für das japanische System, doch auch hier ist die Anzahl der vorliegenden Beiträge bislang überschaubar.¹

Um so beachtenswerter ist der vorliegende Band „Entwicklung der Systeme sozialer Sicherheit in Japan und Europa“. Er ist die Textwiedergabe von Referaten zweier Symposien zum

Thema in Japan (1997) und Deutschland (1998) und spannt in mehr als 30 Beiträgen in englischer und deutscher Sprache einen weiten Bogen. Der Titel des Bandes verweist bereits auf die Mehrzahl der Anliegen der Herausgeber: Die Formulierung „soziale Sicherheit“ geht erstens bewußt über den enger gefaßten Begriff „Sozialpolitik“ hinaus und kann dadurch auch nicht-staatliche Komponenten in die Betrachtung nehmen. Dies ist insbesondere für die Beschreibung der japanischen Wohlfahrtsgesellschaft² und ihrer Traditionalismen wie Familienzentriertheit oder Konfuzianismus von Bedeutung. Zweitens wird durch die Gegenüberstellung „Japan und Europa“ ein systemübergreifender Vergleich angekündigt, der auch Stellungnahmen zu europäischen Problemlagen erwarten läßt.

Der Band teilt sich in drei – jeweils etwas unübersichtlich gegliederte – Teile: Einer umfassenden Erörterung der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Herausforderungen folgt die vergleichsweise knapp gehaltene Beleuchtung systemspezifischer Gestaltungselemente. Im dritten und umfangreichsten Teil schließlich erfolgt eine Beschreibung einzelner Bereiche sozialer Sicherheit, wobei hier der Schwerpunkt auf der Kranken- und Pflegeversicherung und der Gegenüberstellung japanischer und deutscher Besonderheiten liegt. Dieser japanisch-deutsche Vergleich bildet im übrigen durch nahezu den gesamten Band hinweg die Regel und rechtfertigt damit den Verweis auf Europa im Titel nur bedingt.

Die Mehrzahl der Beiträge widmet sich dem Themenbereich Kranken- und Pflegeversicherung. Hier herrscht bei

den versammelten Autoren weitgehende Übereinstimmung in der Problembewertung. Die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung medizinischer und pflegerischer Leistungen werden im allgemeinen zurückgeführt auf eine rapide „ergraurende“ Gesellschaft durch steigende Lebenserwartung und stark gesunkene Geburtenraten. Insgesamt ergibt sich dadurch und ergänzt durch einen Kostenanstieg infolge medizinisch-technischer Innovation auf lange Sicht eine nachteilige Verschiebung des Einnahme/Ausgaben-Verhältnisses im System gesundheitlicher Versorgung. Weniger prononciert werden ähnliche Diskrepanzen für die Systeme der Alterssicherung und der Sicherung bei Arbeitslosigkeit konstatiert, wobei hier neben der demographischen Entwicklung auch Bezug genommen wird auf die Folgen wirtschaftlicher Internationalisierung und – speziell im japanischen Fall – auf die Stagnation wirtschaftlichen Wachstums nach einer Phase außergewöhnlicher und langanhaltender Prosperität.

Diese Bestandsaufnahmen gelten weithin als bekannt und bergen insofern nur wenig Überraschendes. Interessant werden die Aufsätze und Referate jeweils dann, wenn sie sich *erstens* um einen Überblick des behandelten Bereiches sozialer Sicherheit bemühen (etwa *Hiroi* oder auch *Tominaga* zum Verhältnis von sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung im japanischen Längsschnittvergleich oder Neubauer zur Struktur des deutschen Gesundheitswesens). *Zweitens* geben die explizit als solche ausgewiesenen vergleichenden Berichte in der Regel eine anschauliche Darstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede

zwischen japanischem und deutschem Gesundheitswesen. Zugleich fungieren diese Berichte als Synthetisierung vorangegangener Beiträge. Die bei diesen Gegenüberstellungen sichtbar werdenden institutionellen Unterschiede zwischen dem deutschen und dem japanischen System sozialer Sicherheit sind ihrerseits wiederum die Basis, um schließlich *drittens* einen auf das jeweilige System bezogenen Katalog von Reformfordernissen und -vorschlägen aufzustellen.

Diese Reformentwürfe ergeben – betrachtet man sie hinsichtlich ihrer gewollten Auswirkungen – zwei Stränge. Zum einen erfolgen vielfach Reformvorschläge, die sich den gegebenen institutionellen Bedingungen in durchaus moderater Weise anpassen. So etwa die von *Schmähl* präferierte und mittlerweile auch in einer breiteren Öffentlichkeit diskutierte Anhebung des Renteneinstiegsalters in Deutschland, die zwar unbestritten eine gravierende Veränderung des Anspruchserwerbs darstellt, am System der Rentenversicherung selbst (also insbesondere am Umlageverfahren) jedoch kaum Modifizierungen erforderlich machen würde. In die gleiche Richtung gehen Forderungen von *Fujii* oder *Fukawa*, die eine Ursache der Finanzierungskrise des japanischen Gesundheitswesens in unzureichender Qualitätssicherung und -kontrolle oder regelrechten Fehlleistungen wie der Verweigerung Pflegebedürftiger in Krankenhäusern sehen.

Eine konkrete Leistungsbewertung, so die Autoren, könne dazu beitragen, den durch medizinisch-technischen Fortschritt und Fehlleistungen bedingten Kostenanstieg zu begrenzen. Auch hier also Änderungen nicht an, son-

dern im System. Weitergehende Anregungen gehen über diesen Anspruch hinaus und diskutieren die Systembedingungen selbst. Hier eröffnet das Buch eine erstaunliche Breite. Verhandelt wird zwischen den Antipoden Privatisierung/Marktwirtschaft/ Eigenverantwortung einerseits und der Bedeutung des Staates für das System sozialer Sicherheit andererseits. Zu ersteren gehört etwa *Tajika*, der angesichts der staatlichen Dauerbezuschussung den Versicherungscharakter der japanischen Volkskrankenversicherung in Frage gestellt sieht und eine Ersetzung durch regional gegliederte, miteinander im Wettbewerb stehende öffentliche Versicherungen nach deutschem Vorbild befürwortet. Hiervon zu trennen sei jedoch die medizinische Versorgung Älterer, die selbst nach vorgeschlagenen deutlichen Beitragserhöhungen ein Zuschußbetrieb bliebe. Zu ähnlichen Befunden kommt *Tezuka*, der auf die geringere Effizienz öffentlicher Leistungsanbieter im Vergleich mit privaten abhebt. Nur am Rande wird hierbei jedoch auf ein Grundproblem marktwirtschaftlicher Organisation eingegangen: daß nämlich ein privatunternehmerisches Angebot, will es rentierlich sein, einer entsprechend ausgeprägten Nachfrage folgt. Gerade im ländlichen Raum aber kann diese Logik zur Unterversorgung führen, die eine rein ökonomische Definition von Effizienz fragwürdig macht. Nicht ökonomisch, sondern systemisch begründet *Mazal* sein Plädoyer für mehr Eigenvorsorge des Individuums.

Die weitverbreitete Anspruchshaltung der Leistungskonsumenten und die dem Versicherungsprinzip innewohnende Anonymisierung der Leistungsinanspruchnahme überfordere

die Idee gesellschaftlicher Solidarität. Die Entwicklung des deutschen Sozialrechts hat, so *Mazal*, an diesem Prozeß einen beachtlichen Anteil. Zu lösen glaubt *Mazal* dieses Problem dadurch, daß er den Leistungsempfängern ihre individuelle Verantwortung für die Solidargemeinschaft ins Bewußtsein ruft: durch Selbstbehalte, Zuzahlungen, verhaltensabhängige Beitragszuschläge oder -abschläge und ähnlichem. Nach *Mazals* Ansicht wird die verstärkte Wahrnehmung eigener Verantwortung die Solidargemeinschaft als Ganzes ermuntern und befähigen, ihrer Verantwortung für das Individuum in Notlagen auch zukünftig nachzukommen. Dieser nicht ohne weiteres einleuchtende Mechanismus (Rückbau des Sozialrechts und sozialer Rechte mit dem Ziel gesellschaftlicher Inklusion?) bleibt freilich unerklärt.

Dem anderen, gewissermaßen staatszentrierten Pol lassen sich all jene Reformvorschläge zuordnen, die sich zum Beispiel dem Beitrags- und Besteuerungssystem als Einnahmeseite der Sozialpolitik, insgesamt also der besonderen Rolle des Staates bei der Sicherung der Wohlfahrt widmen. So plädieren *Schmähl* im deutschen und *Tanaha* im japanischen Fall für eine Reform der Steuerstruktur weg von direkten hin zu indirekten Abgaben, um so die wachsende Gruppe älterer Menschen mehr an den Kosten sozialer Sicherung beteiligen zu können. Auch Beiträge zu Versicherungen sollten nicht mehr nur in Abhängigkeit von Einkommen, sondern auch von Vermögen erhoben werden, um durch eine derart verbreiterte Beitragsbasis die Ausgaben der Sozialversicherungssysteme tragbar zu machen. Vor skandinavischem Hintergrund hält *Petersen*

hingegen die Reduzierung der Beitragslast mit dem Ziel der Befreiung von versicherungsfremden Ausgaben und eine entsprechende Kompensation durch die Erhöhung etwa der Mehrwertsteuer für eine mögliche Sanierungsmaßnahme.

Angesichts der Vielfalt von Ansätzen gestaltet sich die Balance des Bandes zwischen der Behandlung detaillierter sozialrechtlicher Problemfelder und der Analyse des Systems sozialer Sicherheit als Ganzes schwierig. Die Abfolge von Beiträgen wirkt insbesondere in den ersten beiden Teilen des Buches etwas ungeordnet und wird zudem flankiert von Aufsätzen zur sozialen Sicherheit in China und zur Parteien- und Elitenproblematik bei der Durchsetzung von Reformen in der Alterssicherung. Ersteren sucht man nicht in einem Band zum japanisch-europäischen Vergleich, letzteren – eher politologisch orientierten – nicht unbedingt in einer Schriftenreihe für Sozialrecht. Auch wäre möglicherweise eine Konzentration des Sammelbandes auf das ohnehin weite Feld des Gesundheitswesens sinnvoll gewesen. Insgesamt jedoch liefert das Buch einen durchaus bemerkenswerten Überblick über Entwicklungstendenzen und Reformoptionen sozialer Sicherheit in Japan und Deutschland. Die Gegenüberstellung verschiedener Optionen in einigen Beiträgen (etwa *Maydell* zu Privatisierungstendenzen sozialer Sicherung) befähigt den interessierten und vorinformierten Leser zudem, die Argumente gegeneinander abzuwägen und sich einen eigenen Standpunkt zu erarbeiten. Nicht wenige dieser Argumente haben nunmehr, zwei Jahre nach der dem Band zugrunde liegenden Veranstal-

tung, allgemeinen Zugang in die öffentliche Debatte gefunden. Nicht nur bezogen auf Japan ergibt sich somit für den Leser das Bild einer Gesellschaft auf der Suche nach modernen und allgemein akzeptablen Formen sozialer Sicherheit.

Thilo Fehmel

- 1 Vgl. z.B. S. Leibfried/M. Seeleib-Kaiser (Hrsg.), Sozialpolitik in Japan, Schwerpunktheft der Zeitschrift für Sozialreform, 41. Jg., Wiesbaden 1995 oder auch Takahashi, Mutsuko, The Emergence of Welfare Society in Japan, Aldershot 1998.
- 2 Zur japanischen Wohlfahrtsgesellschaft und zum Begriff allgemein siehe auch jüngst P. Bleses/M. Seeleib-Kaiser, Wohlfahrtsgesellschaft; in: G. Kneer/A. Nassehi/M. Schroer (Hrsg.), Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie, 2001.

Roy E. Allen, Financial Crises and recession in the Global Economy. Second Edition, Edward Elgar Publishing limited, Cheltenham, UK/Northampton, MA USA, 1999, 212 S.

Als 1994 die erste Auflage des Buches erschien, war sich die Kritik noch darin einig, daß der Autor in seiner Darstellung beträchtlich übertreibe. Finanz- und Wirtschaftskrisen seien in der New Economy eine Randerscheinung, nicht Bestandteil der Globalisierung der nationalen Wirtschaften. Seitdem hatte sich die Welt mit der Mexikokrise (1994/95), der Asienkrise (1997) sowie der Rußlandkrise (1998) auseinander zu setzen, um nur die wichtigsten Finanzkrisen von beträchtlichem Ausmaß zu nennen. Autor und Verlag fühlten

sich durch die reale Entwicklung der neunziger Jahre ermutigt, eine Neuauflage zu publizieren, die auch die Krisen der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (bis einschließlich 1998) verarbeitet.

Bevor der Autor, Ökonomieprofessor an einem College in Kalifornien (USA), im vierten Kapitel die Finanzkrisen, angefangen mit der Weltschuldenkrise 1982, abhandelt, beschäftigt er sich in drei Kapiteln mit der Expansion und Globalisierung der Finanzmärkte seit den siebziger Jahren. Diese habe dazu geführt, daß in den neunziger Jahren der Dollar zum Kern der Weltfinanzwirtschaft geworden sei. Etwa 60 Prozent des Weltwährungsbedarfs liefere heute der Dollar (20 Prozent die DM und zehn Prozent der Yen). Die USA haben dadurch unbegrenzten Zugang zu internationalen Sparguthaben gewonnen. Diese Position ermögliche es dem Heimatland des Dollar, jährlich 5-10 Mrd. Dollar an Zinskosten einzusparen, weitere 5-10 Mrd. Dollar durch das Monopol der Herausgabe von Münzen und Banknoten. Diese Situation der Weltfinanzen seien nicht mit der ersten Hälfte des 20. Jhs oder dem 19. Jh. vergleichbar, als noch das britische Pfund die international wichtigste Reservewährung war, aber doch stets im Wettbewerb mit potenten Währungen anderer Staaten.

Die heutigen Nationalstaaten, so meint der Autor, hätten die neue Situation noch nicht ganz begriffen.

Die erste von *R. E. Allens* im 5. Kapitel vorgestellten Thesen ist, daß es in den achtziger Jahren und gehäuft in den neunziger Jahre zu Finanzkrisen kam, weil versucht wurde, mit nationalstaatlichen Instrumenten außer Kontrolle geratende Vorgänge auf dem